

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Preuß.-Berlin oder bei der Postsendung ohne Zustellungsgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Fernband 3.— M. „Freiheit“ ist in den ersten Lieferungen der Postzeitung für 1919 eingetrag.

Interate sollen die nachstehende Kontokorrentnummer oder deren Konto 120 Mt. Monatszinsen des Monatsbuchs Wort 20 Pf., jedes weiterer Wort 25 Pf., Leasinggebühren 70 Pf. Bei Familien- u. Vereinsabonnements 150 Pf. der Zuschlag sein. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 13. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2894.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Aufstand der Soldateska.

Odeffa vom Heere Denikins befehlt.

H. N. Haag, 28. August. Aus London wird gemeldet: Kautlich wird die Besetzung Odeffas durch Denikins Truppen bestätigt.

Amerika und die Friedenskonferenz.

Die Stellung der Entente zu Rumänien.

H. N. Haag, 28. August.

„Holländisch Nieuwsbureau“ meldet aus Paris: Die amerikanische Friedensdelegation wird sich an Wilson mit der Frage wenden, ob es sich lohnt, daß sie noch länger in Paris bleibt, um die Probleme von Südosteuropa zu lösen. Von der Antwort des Präsidenten wird es abhängen, ob sie nach Washington zurückkehren und es Europa überläßt Ordnung in das Chaos zu bringen, das durch den Einfall der Rumänen in Ungarn geschaffen wurde. Wiederholt hat die Friedenskonferenz bekanntlich Rumänien vor Plünderungen in Ungarn gewarnt, aber auch die letzten eintreffenden Nachrichten besagen, daß die Rumänen, wo sie nur können, Material verschleppen und es selbst kein Zweifel, daß diese rumänischen Übergriffe die Folge einer Ermüdung sind, die sie von gewissen Mitgliedern der Entente erhalten. Die amerikanische Delegation ist der Auffassung, daß Clemenceau es gleich mit seinen Warnungen an Vratianu meine, andererseits aber glaubt sie erkennen zu müssen, daß die anderen Mitglieder der früheren Bundesgenossen Rumaniens die Rumänen in ihrer Haltung weiter bestärken. Daher tritt die amerikanische Delegation für eine baldige Abreise und für eine sofortige Einstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung Rumaniens ein. Sie hofft zwar noch, daß eine Klärung der Lage auch ohne Eingreifen Wilsons herbeigeführt werden kann.

In Konkreten gehen allerlei Gerüchte, daß auch die Schwierigkeiten in der Frage des Fernen Ostens die Amerikaner zu ihrer Zurückziehung aus der Konferenz veranlassen könnten. Ferner sind mehrere amerikanische Delegierte über die Behandlung der amerikanischen Politik durch gewisse Mitglieder der Friedenskonferenz, besonders durch die Franzosen, sehr entrüstet. Sie wollen jedoch ihre Haltung durch die Entscheidung Wilsons bestimmen lassen. Sie glauben, daß eine Zurückziehung aus der Konferenz allerdings schon früher hätte erfolgen müssen und nehmen an, daß Hoover den Mut zu dieser Zurückziehung erweist habe, daß aber Wilson diesen Schritt bis jetzt noch nicht wagt, weil er glaubt, daß dadurch nichts gewonnen werden kann.

Eine amerikanische Intervention in Mexiko?

Amsterdam, 27. August.

Zwei Pressebüros melden „New York Sun“ aus Washington, daß die Pläne für eine Intervention der Vereinigten Staaten zu Lande und zu Wasser in Mexiko fertig gestellt sind. Das Blatt hat diese Nachricht aus bester Quelle erhalten und fügt hinzu, die nächsten Ereignisse müßten wohl oder übel als unabweidlich angesehen werden. Zunächst müßten die Vereinigten Staaten in Mexiko intervenieren und die mexikanischen Angelegenheiten ebenso vollständig übernehmen wie früher die spanischen. Als Hauptgrund für die Besetzung Mexikos durch Amerika gibt das Blatt den vollständigen Verfall Mexikos an.

Vor einem Eisenbahnerstreik in Amerika.

Washington, 28. August.

Die Vertreter der Arbeiter in den Eisenbahnerkreisen haben die Kontrolle der Eisenbahnen davon in Kenntnis gesetzt, daß sie eine Regelung ihrer Forderungen auf der von Wilson vorgeschlagenen Grundlage nicht annehmen können und daß sie unterzüglich über den Streik abstimmen werden.

Eine belgische Denkschrift über die Scheldedecke.

Amsterdam, 28. August.

„Globe-Reporter“ meldet aus Brüssel, daß der belgische Minister des Auswärtigen dem Ausschuss der Vereinten Nationen in Paris eine Denkschrift über die Scheldedecke unterbreitet hat, in der er u. a. auseinandersetzt, daß die Deutschen infolge der feindseligen Haltung Belgiens

nicht mehr dasselbe Interesse an der Freiheit des Ruhrgebietes haben, da dieser die Konkurrenz der bereits in Rotterdam bestehenden deutschen Schiffschiffahrtslinien und der Schiffschiffahrtslinien, die sich in Rotterdam niederlassen werden, sein würde. Siegers verlangt daher, daß Belgien die Herrschaft über die Schelde bekommt, damit Deutschland Holland nicht veranlassen könne, einen Kanal vor die belgischen Häfen zu schieben.

Der Handel um Fiume.

Amsterdam, 28. August.

Das Pressebureau meldet aus Fiume, daß Italien geneigt ist, in der Fiume-Frage einen Kompromißvorschlag anzunehmen. Danach soll die Stadt Fiume an Italien fallen. Der Freihafen Fiume und Port Barab sollen auf 99 Jahre vom Völkerbund verwaltet werden. Dieser Plan muß noch von Wilson gebilligt werden.

Ratifizierung des Friedensvertrages im belgischen Senat.

Brüssel, 27. August.

Der belgische Senat ratifizierte gestern einstimmig den Friedensvertrag mit Deutschland.

Einfstellung des Bawes englischer Kriegsschiffe.

H. N. Haag, 28. August.

Aus London wird gemeldet: Der Finanzausschuss des Kabinetts, dem Lloyd George, Bonar Law, Chamberlain, Lord Milner und Richard Geddes angehören, hat den Beschluß erlassen, daß die gesamte Tätigkeit für den Bau von Kriegsschiffen eingestellt wird. Eine Ausnahme darf nur bei schon fast fertiggestellten oder bereits vom Stapel gelassenen Schiffen gemacht werden. Man fürchtete, daß die Einstellung dieser Tätigkeit die Arbeitslosigkeit vergrößern würde. Aus diesem Grunde traf die Regierung Vorkehrungsmassnahmen, und zwar in der Weise, daß sie den Bau von Rauffahrtsschiffen so beschleunigte, daß Arbeiter auf den Privatwerften genügend Arbeit finden.

Die Lage in Oberschlesien.

Flucht der Arbeiter nach Polen.

Kattowitz, 28. August.

Auf den oberschlesischen Gruben macht sich eine neue Welle des Aufstandes bemerkbar; viele Arbeiter, die an den Aufständen beteiligt waren, sind nach Polen geflüchtet. Dadurch ist ein großer Mangel an Arbeitskräften eingetreten. Weisheitsweise mußte auf der Fürstengrube in Sursenthal auf die Wiederaufnahme der Kohlenförderung verzichtet werden.

Die amtliche Streikmeldung.

Kattowitz, 28. August.

Die Pressestelle schreibt: Die Arbeitsaufnahme hält an. Der Generalkrieg gilt als erledigt.

Die Einwohnerwehren.

Die Zentralstelle für Einwohnerwehren fordert mit einer Begründung, daß das Verbot, dem Nationalverband Deutscher Offiziere oder dem Republikanischen Führerbund beizutreten, schon mehrere Tage vor dem Erscheinen unseres Artikels aufgehoben wurde und ohne jeden Zusammenhang mit demselben sei. Ferner daß der „Vorwärts“-Beitrag dieses Inhalts als Druckauftrag vollkommen druckreif erhalten und wie jeden anderen Druckerzeugnis geschäftsmäßig erledigt hat, einschließlich der zur Verlegung für den „Vorwärts“ nötigen Exemplare.

Diese Begründung sagt erneut die Unwahrheit. Denn die Aufhebung des Verbots, dem Republikanischen Führerbund beizutreten, ist durch Abteilungsbescheid Nr. 19 vom 26. Juli aufgehoben worden, in dem ausdrücklich auf den Artikel der „Freiheit“ vom vorhergehenden Tage aufmerksam gemacht worden war. Im Übrigen ist es sehr bezeichnend, daß die Geschäftsverwalter des „Vorwärts“ es gestattet, Druckaufträge der Einwohnerwehren herzustellen und dem „Vorwärts“ beizutreten, die die Achtung von Mitgliedern des von der „Vorwärts“-Redaktion beschützten Republikanischen Führerbundes ausprechen. Aber was ist man nicht alles in seinem Haß gegen die böse „Freiheit“!

Die Wahrheit über Mitau.

Unseren lettischen Genossen ist über die blutigen Vorgänge ein Mitau auf dem Umwege über Kopenhagen folgendes Telegramm zugegangen:

„Nach der Rückkehr des Grafen v. d. Goltz veranfaßten am 21. August abends russische Soldaten und die russisch-deutsche Abteilung Katero einen bewaffneten Pöbelzug. Dann überfielen sie um 2 Uhr nachts die deutschen Soldaten, die keinen Widerstand leisteten, entwaffneten sie und nahmen ihnen gewaltsam Kleidung, Schutzwert und Werk weg. Sie gesprengten Gasse, griffen mit Granaten vollständig das Haus des Kommandanten sowie die Kasernen der zweiten lettischen Kompagnie. Es sind Tote und Verwundete zu verzeichnen. Die Bevölkerung ist vollständig den Händen der deutschen Soldateska ausgeliefert. Alles ist empört über die Unmoralität der deutschen Regierung.“

Die vorstehende Schilderung zeigt, daß der halbamtliche Bericht über die Vorgänge in Mitau nur einen kleinen Teil der Wahrheit enthält hat. In Wirklichkeit herrscht in Mitau die blutige Diktatur der wilden Soldateska. Hinter dem Kußhand steht, wie wir bereits gestern vermutet haben, die unheilvolle Gestalt des Grafen v. d. Goltz. Dieser ist nicht, wie in dem halbamtlichen Bericht angegeben wurde, auf die Nachricht über die Gebetsdienstverweigerung der Eisernen Division nach Mitau zurückgekehrt. Der Kußhand brach vielmehr aus, nachdem Graf v. d. Goltz in Mitau eingetroffen war. Am Tage seiner Rückkehr fand bekanntlich auch jene angebliche Delegiertenversammlung der Truppen statt, die ihre unverhüllten Forderungen in die Welt hinausbrachte. Daß Graf v. d. Goltz bei diesen Vorgängen unbeteiligt sei, ist nicht anzunehmen. Vielmehr spricht alles dafür, daß er, nachdem keine Getreuen die nötigen Vorbereitungen getroffen hatten, entgegen dem Verbot der Regierung nach Mitau eilte, um sich an die Spitze der Revolte zu stellen.

Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß die Regierung endlich gegen den rebellischen General einschreitet. So viel Machtmittel wird sie wohl noch in der Hand haben, um den aufständigen General zum Gehorsam zu zwingen. Gleichwohl verlangen wir, daß General v. d. Goltz, dessen verbrecherische Handlungsweise gegenüber Deutschland und Lettland offenkundig ist, aller seiner Posten enthoben und dem Gericht zur Strafverfolgung übergeben wird.

Über die Vorgeschichte der Mitauer Revolte veröffentlicht der „Vorwärts“ aus „gut informierter Quelle“ folgende Darlegungen:

„Bezüglich der Vorgänge in Baltikum wurde durch die bisherigen Nachrichten der Eindruck hervorgerufen, als sei die „Revolte“ lediglich dem persönlichen Eigennutz der Angehörigen der baltischen Landwehr entsprungen. Wenn auch heute bei jeder Bewegung über Aktion der Eigennutz herrscht, die man nicht in alles einreden kann und will, aufgezeigt wird, so muß in diesem Falle festgehalten werden, daß die angebliche Militärrevolte der empörten und enttäuschten Mannschaften in Wahrheit eine lange und sorgfältig vorbereitete politische Aktion ist.“

Bereits vor über vier Wochen gelangten zahlreiche Nachrichten hierher, daß im Baltikum ein deutscher Freischärlerkorps organisiert wird. Deutsche Offiziere reisten damals in nicht geringer Zahl nach Lettland. Sie waren von ihren dortigen Kameraden ausdrücklich gerufen, um die kommenden Aktionen vorzubereiten. Als Zweck der privaten, aber immerhin mit erheblichen Mitteln betriebenen Mobilisierung wurde damals ein großartig angelegter Freischärlerkrieg gegen die Polen bezeichnet. Die Aktionen hierzu fanden in den letzten Wochen unter den Augen des Grafen v. d. Goltz statt und wären ohne sein Wissen und Wollen nicht möglich gewesen. Die letzte Aufrechterhaltung der Mannschaften ist daher lediglich von der im Baltikum ungenügend tätigen Offizierskorps gemeinsam mit den baltischen Baronen gemacht und stellt einen Vorwand dar, um dem Willen auf eigene Faust geführten Krieg, der nun andrehen soll, eine Heiligung zu geben.

Die ganze große Mitau ist selbstverständlich ein rein politischer Vorgang. Keine Kräfte, die die Unterzeichnung und Ratifizierung des Friedensvertrages zu verhindern versuchen, sind es wiederum, die diesen Frieden zu brechen bemüht sind. Es gehört kein großer Scharfsinn zu der Feststellung, daß hier nach einem in alldeutschen Kreisen wohl bekannten und

Von diesen nach Kräften gestärkten Plan gearbeitet wird, um gegen den Willen der Reichsregierung einen Versuch zur „Retzung“ der durch den Friedensvertrag verlorenen Ostgebiete zu machen. Offen war es in einem an einen Jagdlich daraufhin zur „Front“ gereichten Offizier gerichteten Verbriefen angegeben, daß man mit den dortigen Leuten ein Kampfbündnis geschlossen habe, um Polen niederzurufen und dadurch die Zerstückelung Deutschlands in letzter Stunde zu verhindern.

Die Leiter dieser „Bewegung“ seien in den Informationsstellen der Reichsregierung. Im Dienste der Regierung stehend arbeiteten sie dauernd daran, deren Autorität zu vernichten und den Friedensvertrag zu sabotieren. Bilder sind die Drahtzieher auch noch bei Ausbruch der Revolte im Hintergrund geblieben und haben die Mannschaften mit ihren fingierten Forderungen vorgeführt. Ob sie, falls die Regierung die baltische Landeswehr fallen läßt, Farbe bekennen oder „als Unbeteiligte“ im Hintergrund zu bleiben vorziehen, muß sich erst noch zeigen.

Auch diese Darlegungen beweisen auf das Schlagendste, daß die Vorbereitungen des jetzigen Aufstandes mit Wissen und Willen des Grafen v. d. Golz getroffen worden sind. Die jetzigen Vorgänge in Mitau sind das Ergebnis einer langen und sorgfältig vorbereiteten politischen Aktion, deren Leiter, wie der „Vorwärts“ jetzt feststellt, in den Informationsstellen der Reichsregierung stehen. Eine klaffende Orlücke gegen die Politik der Regierung kann man sich kaum vorstellen. Wir haben seit Wochen und Monaten auf die Vorbereitungen dieser Aktion, auf das Zusammenwirken der oberen militärischen Stellen mit den junkerlichen Verächtlern im Osten hingewiesen. Wir haben die Duldung und Förderung der Werbetätigkeit dieser Verächtlern im Lande an der Hand zahlreicher Talschunden gebremst. Die Regierung blieb aber taub und stumm und ließ die in den Kellern sitzenden Verschwörer ruhig weiter arbeiten. Auch der „Vorwärts“ und die übrigen Reptile der Regierung bleiben stumm. Jetzt endlich, wo das Feuer der Revolte emporschlägt, muß der „Vorwärts“ durch seine letzten Veröffentlichungen die Wichtigkeit unserer Anklagen und Warnungen zugeben. Ob er bei dieser Linie bleibt, wird wohl davon abhängen, ob die Regierung noch in der Lage ist, dem Ansturm der kaiserlichen Offiziere standzuhalten. Doch in dieser Beziehung selbst innerhalb der Regierung keine Einigkeit herrscht, zeigt der heutige Leitartikel der „Germania“, des Berliner Zentrumsorgans, der sich in bestigster Weise gegen die lettlandische Regierung wendet und es „menschlich begreiflich“ findet, daß die angeblich „schmachvoll betrogenen“ Soldaten der Eisernen Division den Aufstand in Mitau inszeniert haben. Wenn die Zentrumsmitglieder in der Regierung denselben Standpunkt vertreten, kann wohl kaum eine baldige Entwertung der Lage erwartet werden.

Von den Äußerungen der Presse über die Vorgänge in Mitau ist besonders beachtenswert, was die „Rossische Zeitung“ schreibt:

„Wenn der Ministerpräsident Umanis den deutschen Truppen, die das Wort gegen den Bolschewismus verteidigen, das Bürgerrecht verspricht, und wenn dann diese deutschen Truppen selbst einen Staatsstreich gegen Umanis herbeiführen, so hätte sich niemand wundern dürfen, daß das Versprechen nicht aufrechtgehalten worden ist. Ebenso wenig ist es zu verwundern, daß angesichts dieser politischen Eingriffe und anderer Taten, wie sie in dem oben zitierten Bericht erwähnt werden, der letzte Heine Nest lettischer und estnischer Sympathien für das Deutschtum gestört worden ist. Hier muß man die Gründe suchen, die die Annäherung dieser Völker an England gefördert und die Verwirklichung der englischen Pläne in der Ostsee beschleunigt haben.“

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß alle diese Dinge von Truppenkörpern des deutschen Heeres geleitet worden sind, so kann man nur annehmen, daß das mit wohlwollender Duldung der Regierung geschehen ist. Denn eine Regierung, die viele Dinge mißbilligt, ohne sie hindern zu können, mußte längst ihre vollkommenste Geschäftsunfähigkeit zugeben und abdanken. Hoffentlich wird sie nunmehr, wo auch noch die Durchführung des Friedensvertrages auf dem Spiele steht, mit der

ihren Einsicht von dem Zusammenhang der Dinge auch die Kräfte bekommen, um ihre Autorität zu wahren.“

Der von der „Rossischen Zeitung“ ausgesprochenen Hoffnung stehen wir recht skeptisch gegenüber. Die „Geschäftsunfähigkeit“ der Regierung auch in der baltischen Frage ist so offensichtlich, daß auf einen plötzlichen Wandel in dieser Hinsicht kaum zu rechnen ist. Diese Regierung ist ja mit der Bekämpfung angeblicher Gefahren von „links“ so beschäftigt, daß sie den drohenden Gefahren von rechts ohnmächtig gegenübersteht.

Deutsche Kulturarbeit im Baltikum.

Die deutschen Truppen haben während der Besetzung Rigas ein furchtbares Schredensregiment ausgeübt. Die Zahl der vorgenommenen Erschießungen geht weit über 3000. Ein eigentliches Gerichtsverfahren fand in den meisten Fällen nicht statt. Auf hohes Gutdünken hin oder auf Grund von Denunziationen wurden die Leute auf der Straße niedergeschossen, zwischen Männern, Frauen und Kindern wurde keine Ausnahme gemacht. Der bloße Verdacht, ein Bolschewik zu sein oder mit den Bolschewiken in Verbindung gestanden zu haben, war ausreichender Grund zur Hinrichtung.

Fast alle Opfer wurden von der deutschen Soldateska nach der Erschießung herabgeholt. Die Beute machte zu neuen Workstätten an, und so kommt es, daß sich auf diese Weise sehr viele der deutschen Kulturbringer „gesund“ gemacht haben. Unsere Angaben darüber kommen von deutschen Soldaten, die aus Aurland zurückgekehrt sind, und die sich heute häufen, jeweils einer Truppe angehört zu haben, bei der derartige Verbrechen möglich waren. Die Moral der Truppe stand tiefer als je bei einer Landsknechtschar des Mittelalters.

Das Treiben der Soldateska wird noch plastischer beleuchtet durch einen Brief, den unser Königsberger Parteiblatt von einem Genossen aus Riga erhalten hat, und in dem ausgeführt wird, daß die erste Woche nach der Besetzung Rigas auf jeden geschossen wurde, der sich auf der Straße sehen ließ. Die teilweise verarmten Reichen lagen in der sommerlichen Hitze tagelang auf der Straße, ohne daß sich jemand um sie kümmerte. Aus den städtischen Krankenhäusern wurden Schwerkranke herausgeschleppt, auf die Straße geführt und an der Welle erschossen, darunter auch einige Krankenpflegerinnen.

Am schrecklichsten tollte die Militärjustiz aber im Zentralfängnis, wo die Erschießungen engsch vorzogenommen wurden. Dem Gewächshaus unseres Königsberger Parteiblattes war es möglich, über die Erschießungen an fünf aufeinanderfolgenden Tagen genau Buch zu führen. Danach waren im Zentralfängnis erschossen: Am 5. Juni 442 Mann, am 6. Juni 140 Mann, am 8. Juni 169 Mann, am 9. Juni 300 Mann, am 10. Juni 58 Mann.

Und diese blutige Orgie setzte sich Tag für Tag etwa anderthalb Monate lang fort. Fürchterlich waren die Qualen der Gefangenen. Viele haben aus Verzweiflung Selbstmord begangen, andere wurden ertötet. Die Gefangenen konnten vom Fenster aus die Erschießungen beobachten; die Eindrücke, die sie dabei belamen, bleiben ihnen für das ganze Leben benach. Auch die im Zentralfängnis erschossenen Personen, unter denen sich ebenfalls viele Frauen und Kinder befanden, wurden sofort nach der Erschießung ausgeplündert. Die Soldateska hatte für jede einzelne Hinrichtung Erdbiller in die Nähe des Richtplatzes bestellt, um an diese sofort die Kleider und die Schuhe der Erschossenen zu verkaufen. Die Leuten blieben tagelang in einer Sandgrube liegen, ohne daß sich jemand bemühte, sie mit ein paar Schaufeln Erde zu bedecken.

Ein vollständiges Bild über die Heftigkeit der Deutschen in Aurland läßt sich unmöglich gewinnen. Das eine steht jedenfalls fest, daß sich die deutsche Soldateska durch ihre „Kulturarbeit“ im Baltikum bei der dortigen Bevölkerung ein ewiges Denkmal der Schande gesetzt hat. Die deutsche Presse, der die Vorgänge nicht unbekannt geblieben sind, machte sich durch ihre Schwärze an der Schändung des deutschen Namens mit-schuldig.

„Wie pfeifen auf die Regierung“.

„Wenn Eberl, Kossel und Erzberger aufgehängt würden, ich könnte sie nicht ab. Wir sind nicht für die Regierung da, wir pfeifen überhaupt auf sie...“, sagte ein Offizier des Artillerie-Regiments Nr. 88 vor einigen Tagen in

einem Gasthof zu Birchow in Pommern. Ein Mitglied der dortigen Truppe beschäftigte die Regierungsmitglieder, an deutschen Velle bereichert zu haben. Am gleichen Abend teilte ein anderer Soldat in Birchow eine Rede über die Wiederkehr unseres lieben Kaisers, der wiederkommen und dann alles besser werde. Als ihm ein Arbeiter zurief, der ja derzeit hier, wurde er von einem Wächtermeister aus den Saal entfernt, der dabei sagte: „Spazialisten können wir hier nicht gebrauchen; wir sind in Berlin gemessen und haben dort auch Ruhe gemacht“.

Diese an sich belanglosen Nebenreden zeigen, wie ungläublich sicher sich die Gegenevolutionäre in Pommern fühlen. Nach allen Nachrichten scheint sich gerade Pommern mehr und mehr zu einem riesigen Heerlager exprobiert Donaraffen zu gestalten, die unter Duldung und stillschweigender Billigung der republikanischen Regierung schon immer frecher und offener vorgehen.

Die Verbrechen der deutschen Kriegsführung.

Zu dieser von uns kürzlich behandelten Frage wird uns von einem Kriegsteilnehmer geschrieben:

Bei dem Rückzug von Reims über Metz hinaus mußte natürlich auch die Ortschaft Warmerville geräumt werden. Dort besaß sich auch ein kleines Schloßchen, dessen Inventarverteilung nach Deutschland verschickt wurde. Die weniger wertvollen Gegenstände, darunter auch die in die Wände eingelassenen großen Spiegel, wurden ganz sinnlos geträmmert. Um was vorbringenden Franzosen diesen Vandalismus und Plünderung zu verbergen, wurde das Schloß einfach als „strategisch wichtiges Gebäude“ erklärt und mit Hilfe von eintausend Sprengladungen in die Luft gejagt. Das Schloß geschick auch mit der bestmöglichen großen Fabel, die natürlich schon lange vorher ausgedacht war (z. T. auch schon niedergeschrieben), trotzdem unter Rückzug sich weit über 30 km. erstreckte. Die Folge dieser ungeheuren Sprengungen war eine vollständige Zerstörung der Ortschaft.

Keinliches konnte ich auch 1918 während der Schlacht an der Somme feststellen, wo die Einrichtung des Schlosses in Vorende auf dieselbe Art verfiel, darunter auch die sehr kostbare große Kuppel. Wahrscheinlich steht auch dieses Schloßchen nicht mehr. Das damals auch die „viel besagte“ kunstvolle alte Kirche in Verone (das jetzt vollständig in Trümmern liegt) von uns umgeben wurde und ausbrannte, wird wohl allgemein bekannt sein.

Auch sonst arbeitete unsere Heeresleitung mit durchaus verächtlichen Mitteln. So wurde uns beim Rückzug von Reims 1918 der Befehl gegeben, alles, was dem Feinde irgendwie als Unterkunft dienen könnte, systematisch zu vernichten. Als wir dann in die noch ziemlich unbesetzten Ortschaften zurückkamen, wurde leider auch dieser Befehl erfüllt, und so sank alles in Trümmer. Ich besaß mich damals beim „Jagdkommando“, was also einer der letzten, die zurückkamen. Zu meinem größten Staunen fand ich einen Befehl in Maschinenzeitung, in dem angeordnet wurde, jeden zu erschließen, der sich an feindlichem Eigentum oder Häusern vergriffe. Diesen Befehl fand ich noch mehrere Male; er war in der Rückzugzone „aus Versehen“ liegen gelassen worden. Bekanntgegeben wurde er und es als der Rückzug bereits abgeschlossen und das Zerstörungswerk beendet war. Der Fued Mandats war uns vollkommen klar; die Führer wollten die Verantwortung dadurch von sich abwägen und diese Verfälle als „Unvorsicht“ begründen! Auf diese Art ist die Umgebung von Reims gerichtet worden; ich selbst bin durch ungefähr 80 Ortschaften gekommen, wo wirklich kein einziges Haus mehr stand.

Landarbeiterausstand in Westpreußen. Auf dem ehemaligen kaiserlichen Gut Schwirzen bei Rastum (see drach ein Stück der gesamten Arbeiterschaft aus. Der Grund dazu ist in der Behauptung eines polnischen Arbeiters zu suchen, die durch Angehörige des Jägerbataillons Nr. 87 vorgenommen wurde, weil er das Echo des Gutverwalters gemißhandelt haben soll.

Zum englischen Gesandten in Berlin war den englischen Minister Lordes aufgefunden; dieser hat den Posten jedoch abgelehnt. Es werden jetzt die Arbeiterführer Clunes und Arthur Henderson als Kandidaten auf dieses Amt genannt.

Das neue Theater.

II.

In dem allen aber sah Devrient erst die eine Seite der Erneuerung des Theaterwesens; und die andere mißt noch viel mehr an. Die Deutschkritik Devrients fordert die demokratische Selbstverwaltung des Theaters: Das künstlerisch tätige Personal soll sich die künstlerischen Leiter selbst wählen. Für den Dramaturgen wird die Ernennung vorgeschlagen; doch läßt Devrient erkennen, daß er auch hier eine Wahl vorgeschlagen hätte, wenn er in einer Vereinigung der Bühnenauctoren einen Wahlkörper gesehen hätte, der hier zuständig sein könnte; er lehnt nur die Wahl des Dramaturgen durch die darstellenden Mitglieder der Bühne ab, weil diese naturgemäß in ihrer Wehrheit kein Urteil über seine Befähigung haben werden. Der Kapellmeister aber soll von den musikalisch Beteiligten, der Direktor von der Gesamtheit des Personals ernannt werden. Chor, Ballett und Orchester sollen bei der Wahl durch je einen drei bis fünfköpfigen Ausschuss an der Wahl teilnehmen, die übrigen Bühnengedienten persönlich je eine Stimme haben. Als gewählt soll erst gelten, wenn zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigt. Die Wahl bedarf zu ihrer Gültigkeit der behördlichen Bestätigung. Dem Personal soll es auch zustehen, mit Zweidrittelmajorität die Wahl eines Leiters zu beschließen. Die tatsächliche Absetzung wird aber auch hier abhängig gemacht von der obersteitlichen Zustimmung. Die von dem Chor und dem Orchester gewählten Ausschüsse sollen überdies die Dienste des Inspektors übernehmen; aus einem von dem Soloperpersonal zu wählenden, mindestens fünfköpfigen Ausschuss, soll der Direktor verpflichtet sein, sich seine Regisseurs zu nehmen. Im übrigen haben diese Ausschüsse die Pflicht, die Interessen des Personals in Streit- und Beschwerdefachen der Direktion gegenüber zu vertreten. Eine Disziplinierung soll Devrient nicht. Der Direktor soll seine Maßnahmen vorher mit den übrigen Vorständen beraten, er soll sich stets nur als „Erster unter Gleichen“ fühlen. Aber er soll doch der Erste sein, und gestützt auf das Vertrauen der anderen, schließlich die letzte Entscheidung haben. Wie eine Sitzung seiner künstlerischen Arbeit durch die Vermischung einer behördlichen Oberinstanz abgelehnt wird, so soll sie auch nicht durch die Einmischung des Ausschusses der Angestellten beeinträchtigt werden können.

Mit schönen Worten setzt sich Eduard Devrient für diese demokratische Verfassung, die heute, mit einigen Modifikationen, zunächst bei den preussischen Staatstheatern verwirklicht worden ist ein: Er verweist darauf, wie die Schauspielkunst die allgemeine Umgebung des einzelnen an den „Gesamtwort der Totalwirkung“, also „republikanische Tugend in höchster Potenz“ erfordere. Um diese zu weden und zu pflegen, bedürfe das Theater auch republikanischer Einrichtungen. Er erwartet von einer Demokratisierung der Verfassung, Stärkung der künstlerischen Festhaltung, des Gesamtgutes. Seine Denkschrift schlägt vor besseren Schöpfung der Schauspieler auch einen Ausbau der Bildungsinstitute, ferner an jedem Theater besondere, vom Dramaturgen zu treffende Einrichtungen vor; das wichtigste aber erscheine die Beteiligung der gesamten Bühnengedienten an der Leitung des Theaters.

In schroffem Gegensatz hierzu steht die zweite Schrift, von der die Rede war, die aus der Eckerterungen unserer Tage herausgehorene Broschüre von Julius Bab: „Produzenten-anarchie, Sozialismus und Theater.“ (Verlag Casterfeld, Berlin.) Als Kind der Revolution von 1918 beginnt sie mit längeren Erörterungen über den Sozialismus, die nicht gerade überzeugend sind; das stellt ihn hin als ein Konsumenteninteresse gegenüber dem Produzenteninteresse. Tatsächlich ist der Sozialismus weder das eine noch das andere, oder auch: er ist beides, — wie man will. Er ist das Interesse der Angehörigen der arbeitenden Klassen als Produzenten und Konsumenten. Sicher bedeutet er nicht, daß die speziellen Wünsche irgendeiner Gruppe von Produzenten, etwa des Personals einer Anzahl von Bühnen, für die Besthaltung des Theaterwesens allein ausschlaggebend sein dürfen. Sie sind in Ausgleich zu bringen mit den Interessen der Konsumenten (die bei sozialistischer Wirtschaft zugleich auch ausnahmslos als Produzenten tätig sind). Das Interesse der Konsumenten darf nicht irgendeiner Gruppe von Produzenten Entrechtung, unwürdige Entlohnung oder dergleichen kumulieren. Aber sicherlich: die besonderen Interessen einer Berufsgruppe dürfen auch nicht ohne Rücksicht auf Güte und Umfang der Erzeugung verfolgt werden.

Mit Rücksicht auf die Konsumenteninteressen bekämpft Bab auf die schärfste jene Sozialisierung (richtiger: Demokratisierung) der Bühne, die Eduard Devrient vorschwebte und für die heute

wieder so viele andere streiten, indem sie eine Mitwirkung des Personals bei der Theaterleitung verlangen. Dabei ist Bab wohl zuzugeben, daß eine gewisse falsche Anwendung des demokratischen Prinzips für die künstlerischen Leistungen des Theaters bedenklich werden kann. „Wie aber wird eine Direktorenkommission“, schreibt Bab, „in gemeinsamer Arbeit ein Weil von Konsumenten-Kommissionen, als eine Theaterkommission eine künstlerisch-schöpferische Bühnenleitung zustande bringen“. Denn dies sei eine Aufgabe, die nur aus dem innersten Gesichtszentrum einer starken Persönlichkeit, niemals durch Vergleiche oder Wechsellagerung halb verantwortlicher Kommissionsmitglieder zu lösen sei. Zwischen dem Wehrheitsbeschluss halb verantwortlicher Kommissionsmitglieder und einem völlig souveränen, von keinem Personal unabhängigen Bühnenleiter gibt es aber eine Menge von Zwischenstufen. Auch Devrient wollte nicht ein vielköpfiges Kollegium, sondern einen als oberste Spitze, und kein Dreimänner des Ensembles in alles und jed-s. „Was ist ihm an dem und denen ankommt, die heute seine Ideen vertreten, ist nur, daß der Direktor getragen wird von dem Vertrauen seines Personals und daß dieses ein Beratungs- und Beschwerderecht besitzt, das nicht bloße Dekoration ist. Gewiß ist die Befähigung vorhanden, daß die Demokratie im Theaterbetrieb in dem einen oder anderen Falle zu Mißständen führen kann, es ist doch auch nicht aus dem Auge zu lassen, daß — wie Devrient ganz richtig betont — das Verfall des Theaterwesens rechts der Mitverantwortlichkeit jedes einzelnen dahin wirken muß, daß jeder nicht nur sein Bestes gibt, sondern sich auch bemühen muß, die Interessen der anderen zu fördern. Gewisse able Erfahrungen, die bisher mit Sozialistischem gemacht wurden, dürfen nicht zur Verallgemeinerung führen. Das sozialistische, sich auf demokratischer Grundlage aufbauende Theater der Zukunft soll auch keine schändliche Produktionsgenossenschaft sein, wie es das von Bab getriebene „Deutsches Künstlertheater“ unter Gerhart Hauptmanns Leitung war. Das soll vorbringen, spricht allenfalls gegen eine Überbestimmung des Mitbestimmungsrechts des Personals in künstlerischen Dingen, nicht gegen das Prinzip an sich. Und das Konsumenteninteresse erfordert nicht seine Aufschüttung — nur seine Ergänzung.

Hier läßt in Devrients trefflicher seiner Schrift allerdings eine Lücke. Die behördliche Aufsicht, ein paar Verfügungen vom grünen Tisch sind nicht geeignet, das Konsumenteninteresse richtig auszuüben und zur Geltung zu bringen. Das muß

